



Rote Bomber und grüne Kämpfer

Ernüchterung macht sich breit in der deutschen Friedensbewegung. Der grüne Außenminister Joschka Fischer und der rote Verteidigungsminister Rudolf Scharping setzen auf Kontinuität und Nato-Politik. Rot-grüne Kriegspolitik für Europa? • von Roland Brunner

«Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik» – mit dieser Feststellung beginnt der außenpolitische Teil der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. So ist die neue Regierungsmehrheit angetreten, um eine neue Politik für Deutschland zu entwickeln.

Ein halbes Jahr ist die neue Regierung im Amt. Wenig Neues ist geschehen. «Kontinuität», «Verlässlichkeit», «Berechenbarkeit» und «Bündnistreue» sind die Begriffe, die rot-grüne deutsche Außenpolitik prägen. Weiter wie bisher, nur schneller, scheint die Devise auf dem Weg der Bundesrepublik Deutschland zum «ganz normalen Land», das – wie die Schweiz – seinen Sonderfallstatus endlich loswerden möchte. Und wie hierzulande bietet sich auch in Deutschland das Militär als Vorkämpfer für diese Normalität an.

Kontinuität und Krisenreaktion
Im «Koalitionsvertrag» der neuen Regierung finden sich einige bescheidene

Neuerungen: Friedensforschung soll gefördert werden, ein ziviler Friedensdienst und ein internationaler Sanktionshilfefonds sollen entstehen, von atomwaffenfreien Zonen, Rüstungskonversion sowie der Kontrolle und Begrenzung von Kleinwaffen ist die Rede. In der realen Politik hat Rot-Grün in den vergangenen Monaten aber ganz andere Akzente gesetzt: Am 16. Oktober 1998 stimmten fast alle Abgeordneten der neuen Bundesregierung für einen Kosovo@-Kampfeinsatz der Bundeswehr, obwohl dieser dem Völkerrecht widerspricht. «Vom Steine- zum Bombenwerfer» titelte entsprechend die Zeitung «graswurzelrevolution» über Joschka Fischers realexistierende Außenpolitik. Am 13. und 19. November gab die Regierung grünes Licht für die Teilnahme deutscher Einheiten an einer Luftoperation der Nato gegen Serbien und an der sogenannten «Extraction Force», die inzwischen in Mazedonien stationiert wurde. Anlässlich des dritten Golfkrieges hat die deutsche Regierung

bewiesen, dass sie die Luftschläge und Bombardierungen durch die USA und Grossbritannien loyal mitträgt.

Anfang dieses Jahres wurde immer klarer, dass sich Rot-Grün mit rund 800 deutschen Soldaten an einem Nato-Einsatz mit Bodentruppen in Kosovo@ beteiligen würde. Rot-Grün würde damit die zweifelhafte Ehre zukommen, den ersten deutschen Kampfeinsatz seit 1945 zu befehlen. Fischers Kommentar an der «Münchener Konferenz über globale Sicherheit» von Anfang Februar: «Das Beispiel Kosovo zeigt, dass es Ausnahmefälle gibt, in denen militärisches Eingreifen zur Abwendung einer unmittelbar bevorstehenden humanitären Katastrophe als ultima ratio unabweisbar wird.» Diese Ausnahmeformulierung erntete umgehend Lob von deutschen Vorsitzenden im Militärausschuss der Nato, Klaus Dieter Naumann, und selbst Verteidigungsminister Scharping wurde mullmig. Er konstatierte, dass man vor einem Jahr jeden, der einen solchen Schritt einer rot-grünen

Regierung prophetzeit hätte, für einen Narren gehalten hätte...

Folgerichtig wird auch an den Rüstungsbeschaffungen nicht gerüttelt, die zur Erlangung einer weltweiten Einsatzfähigkeit dienen. Mindestens 150 Milliarden Schweizer Franken soll der Umbau der Bundeswehr zu einer Armee kosten, die im Nato-Verbund weltweit intervenieren kann und soll. Die «Verteidigungspolitischen Richtlinien», welche als Grundlagendokument dienen, sehen die Bildung sogenannter Krisenreaktionskräfte KRK und eines

Eurofighter. SPD-Verteidigungsminister Scharping bestand seine Feuerprobe, als er den Militärhaushalt erfolgreich verteidigte und eine Bestandsgarantie von 340'000 Mann für die Bundeswehr durchsetzte. Es gelang ihm gar eine Aufstockung des Militärbudgets um vier Milliarden Mark! Auf eine rot-grüne Friedensdividende wird die Friedensbewegung wohl noch lange warten müssen.

Die grüne Parlamentarierin Angelika Beer, Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bundestages, ist sich der Unzu-



Gemeinsame Marschrichtung: US-Verteidigungsminister Cohen (links) und sein deutscher Kollege Scharping

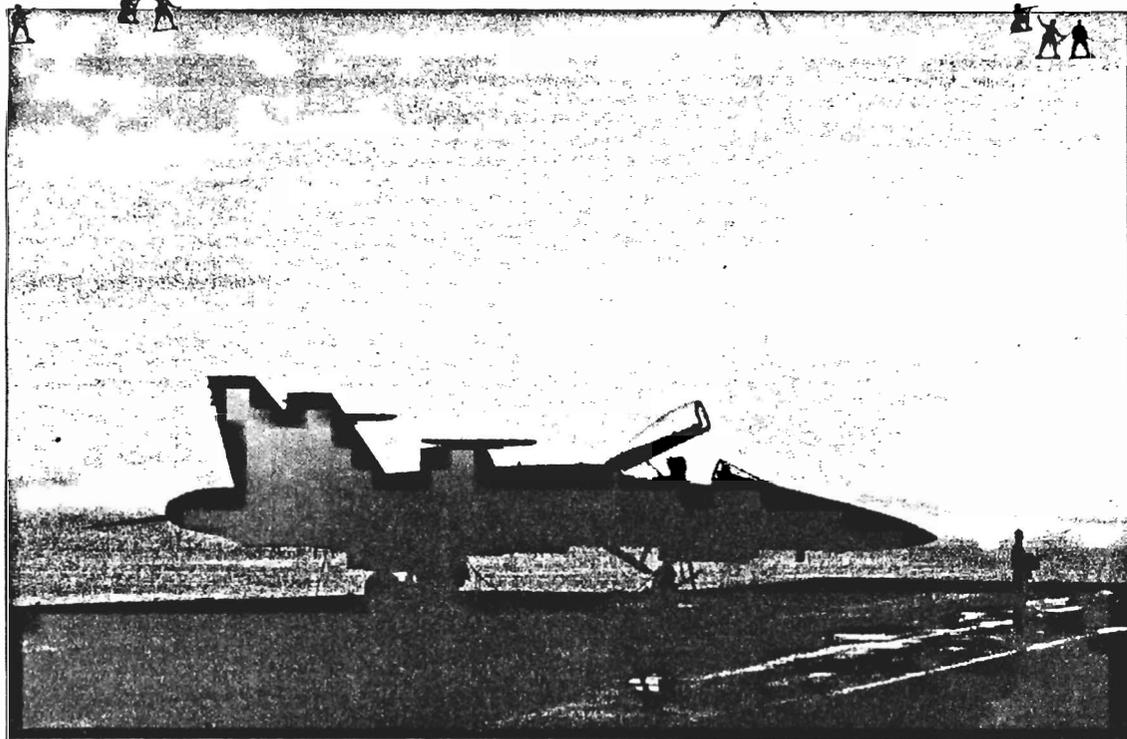
Kommandos Spezialkräfte KSK vor. Auf der Einkaufsliste stehen neue Kampfhelikopter Tiger, gepanzerte Transportfahrzeuge sowie zusätzliche Kampfflugzeuge

lässigkeit der Koalitionsvereinbarung wohl besteht. Unter dem Titel «Friedenspolitischer Aufbruch oder Kapitulation?» gibt sie die Schuld allerdings allein der SPD und verweist darauf, dass das Kräfteverhältnis SPD-Grüne 6:1 sei. In einem Interview meint sie: «Wir mussten einige dicke Kröten schlucken, haben aber auch einiges durchgesetzt. Den grössten Kompromiss sind wir in Sachen Bundeswehr-Reduzierung, Abschaffung der Wehrpflicht und Abbau der Krisenreaktionskräfte eingegangen. (...) Unabhängig von Differenzen zwischen SPD und Grünen stehen wir real vor einer schwierigen Situation, da die alte Bundesregierung noch etliche Beschaffungsvorlagen kurz vor Torschluss durchgebracht hat und systematisch Mittel in Milliardenhöhe festgelegt hat. Es wäre illusorisch zu glauben, das alles könnte zurückgeholt werden.»

Eine rot-grüne Bundeswehr

«Panta rhei», alles fließt – so in letzter Zeit vor allem das Staats- und Politikverständnis der tonangebenden Figuren bei den deutschen Grünen. Angelika Beer verteidigt dies damit, dass grüne Konzepte nicht statisch seien, keine Glaubenssätze, sondern immer wieder neu vor dem Hintergrund von Veränderungen diskutiert werden müssten. Da hat dann eine neue Bundeswehr plötzlich Platz in der Vorstellungswelt der technokratischen Realpolitik, in der sich Bundeswehr-Modernisierer und PazifistInnen treffen. Außenminister Fischer zumindest liegt die Schaffung einer «europäischen Verteidigungsidentität» heute näher als die Entmilitarisierung.

Der Bonner Soziologe und Militärexperte Lutz Unterseher kritisiert die Sicht der Technokraten, «die den Zeit- mit dem Weltgeist verwechseln», weil sie zwar eine Verkleinerung der Armee anstreben, aber die Grundsatzfrage nach Sinn und Unsinn dieser Armee nicht beantworten können: «Sie wollen eine Streitmacht, die klein, aber fein ist –



Schöner Krieg • von Marcel Hänggi

Ein amerikanischer Soldat steht am 21. Dezember 1998 neben seiner F/A-18 an Bord der USS Enterprise, während die Sonne im Persischen Golf untergeht. Das Bild stammt von einem Fotografen einer internationalen Presseagentur, der das Flugzeugträgerschiff der U.S. Navy während der viertägigen Bombenaktion «Desert Fox» kurz vor Weihnachten (bzw. zu Ramadan-Beginn) 1998 begleitet hat.

Ein sauberes Bild, sauber wie das Flugzeug nach dem Einsatz (das Wasser

auf der Rollbahn muss, bei klarem Himmel, Rollzwasser sein). Der Fotograf ist kein Propagandafotograf des «Desert Fox»-Kommandos. Der selbe Fotograf hat auch das Bild von der Bombe gemacht, auf die ein Soldat «Ein Geschenk zum Ramadan» geschrieben hatte; ein Bild, das das Pentagon zwang, sich bei der arabischen Welt zu entschuldigen. Er wäre ein schlechter Pressefotograf, hätte er nicht alle Lichtverhältnisse genutzt, die sich ihm auf dem Schiff boten. Ebenso wie seine Kollegen in Bagdad

schlechte Fotografen gewesen wären, hätten sie nicht verstäubte Bombenopfer fotografiert.

Krieg ist hässlich – überflüssig, das an dieser Stelle zu sagen. Aber Krieg ist auch «schön», so wie Krieg auch faszinierend sein kann. Jeder Kriegs- und auch jeder Antikriegsfilm lebt von dieser Faszination. Sonst hätte er kein Publikum.

Das Bild irritiert mich, da es den Krieg so unverholen schön (im Original in Farbe) und sauber inszeniert, und es irritiert mich wegen der Faszination, die es ausdrückt: Ein Mann, eine Maschine, das

Meer und die Mission (um es mit dem Pathos des Bildes auszudrücken).

Der Soldat blickt nach Nordwesten, wohin er bald nach Hause kehren wird, wenn die Operation beendet ist. Man hat wieder einmal die Politik mit anderen Mitteln fortgesetzt, nichts Aussergewöhnliches. Aber schön für das Publikum.

Marcel Hänggi ist Redaktor bei der GSOA und bei einer Bildagentur.

Fortsetzung Seite 12





Zivildienst kolumne

Eine der intensivsten Zeiten im Jahr erleben die Beratungsstellen für Militärverweigerer jeweils um den Beginn der Rekrutenschulen. Noch mehr Anfragen aber als sonst landeten diesen Februar bei den Beratungsstellen – allein in Zürich waren es rund 300 Anfragen. Kurzfristig suchen angehende Soldaten Auswege aus dem Militärdienst, sie wollen nicht in die RS einrücken oder, wenn sie schon drin sind, möglichst sofort wieder raus. Per E-Mail, Fax, Telefon und – wenn es irgendwie möglich ist – im persönlichen Gespräch werden Wege gesucht. Manche sind hervorragende Verschiebungskünstler, haben es aber nicht geschafft, sich endgültig vom Militärdienst zu verabschieden. Ein gutes Beispiel dafür ist A.: «Im Sommer letzten Jahres sollte ich zum ersten Mal in die RS einrücken, damals kam ich dank eines Arztzeugnisses vorübergehend davon. Dann sollte ich im Februar einrücken, da hat mir aber mein Arbeitgeber geholfen. Nun aber muss ich einrücken.»

Seit zwei Jahren gibt es die Möglichkeit, Zivildienstgesuche aus der Rekrutenschule heraus einzureichen. Diese Gesuche werden bevorzugt behandelt und innert etwa zwei Wochen entschieden. Wem das Gesuch gutgeheissen wird, wird auch sofort entlassen. Doch jedes zweite so eingereichte Gesuch wird abgelehnt. Häufig haben die Gesuche wegen Zeitmangels schlecht vorbereitet werden können. So kehrt mancher nach einer Woche RS-Horror nach dem Wochenende nicht mehr in die Kaserne zurück und reicht von zu Hause aus das Gesuch ein. So wie B. Als er das telefonisch dem Schulkommandanten mitteilt, sagt ihm dieser, er wende die Militärpolizei vorbeischieken, um ihm abzuholen. Am nächsten Tag ruft der Kommandant bei B. an: Er habe sich erkundigt, er dürfe die Militärpolizei nicht einsetzen.

Aber nicht nur Rekruten wenden sich an uns. Es kann auch vorkommen, dass ein Offizier des Pädagogisch-Psychologischen Dienstes (PPD) der Armee anruft und sich erkundigt, was er mit Rekruten tun soll, die ein Zivildienstgesuch einreichen wollen. Ob er sie nach Hause schicken dürfe oder ob sie weiter in der RS bleiben müssten.

Gegen Ende der RS kommen dann immer mehr Anfragen zur Unteroffizierschule (UOS) rein. Rekruten, die zur Unterschrift unter den Vorschlag gezwungen wurden, mit der Androhung, sonst unmittelbar nach der RS in die Weiterbildung gesteckt zu werden. Es ist schwierig wegzukommen, wenn man schon eine gewisse Zeit in der UOS ist. Viele würden zwar «normalen»

Fortsetzung von Seite 11

nämlich hochbeweglich und von High Tech geprägt. Bereit zu beliebigen Interventionen im Rahmen der internationalen Gemeinschaft – gewissermassen im Sinne eines militaristischen Beitrags zur Globalisierungsdebatte. Als neue Legitimationsstrategien deutscher Militärpolitik listet Unterseher drei Optionen auf: weltweites Engagement, Wiederbelebung der Bündnisverteidigung und/oder die Katastrophenhilfe. Zu letzterer meint er: «Helfen ist einfach Christenpflicht, und von der Ausrüstung wie von der Ausbildung insbesondere ihrer Pioniere her ist die Bundeswehr dazu auch in der Lage. Entsprechend hat sie sich verhalten und dafür einen fetten Bonus kassiert.»

Die Chance nutzen

Eine Lehre ziehen Friedensbewegte aus der Politik von Schröder, Scharping, Fischer & Co.: Genau so wie sich die Gewerkschaften nicht auf «ihre» Regierung verlassen können, bleibt auch Friedenspolitik ein Engagement, das nicht von einer Bewegung an eine Regierung delegiert werden kann – auch nicht an eine rot-grüne. «Für die Friedensbewegung hat sich noch nichts konkretes geändert. Das Gegenüber in den Schaltzentralen der Macht ist weiterhin sehr weit entfernt», meint etwa Peter Betz, Geschäftsführer beim Bund für Soziale Verteidigung BSV. Uli Cremer, Sprecher des Fachbereichs Aussenpolitik beim Bündnis 90/Die Grünen, sieht gar die Gefahr, dass sich die Friedensbewegung gegen die neue Regierung stellen muss: «In den nächsten Monaten will die Nato der Uno einen weiteren Schlag versetzen, indem die Selbstmandatierung à la Kosov@ als Nato-Strategie beschlossen werden soll. Die rot-grüne Bundesregierung hat die Macht, derartiges zu verhindern. Das wäre in der heutigen Welt zumindest ein bescheidener positiver Ansatz, weil die Entwicklung zu immer mehr Machtkonzentration bei der Nato gestoppt würde. Knickt die rot-grüne Regierung an diesem Punkt ein, wäre die ernüchternde Schlussfolgerung, dass die rot-grüne Bundesregierung Gegnerin der Friedensbewegung wäre und als solche behandelt werden müsste.»

Laut Tobias Pflüger, Sprecher der Informationsstelle Militarisation IMI, besteht aber immer noch eine Chance, die neue Regierungsmehrheit auch für eine neue Politik zu nutzen und gemeinsam friedenspolitische Ziele zu realisieren: «Noch ist die Nato-Strategie

Mit vollen Segeln

Das japanische Friedensschiff «Peace Boat» hat soeben seine 24. Fahrt beendet. Jasna Bastic war an Bord.

Länger als drei Monate war das Peace Boat diesmal unterwegs und machte Station an Häfen von 17 verschiedenen Ländern. Diese einzigartige «segelnde NGO» (Nichtregierungsorganisation) versammelt Menschen von Konfliktgebieten und Ländern mit ökonomischen und politischen Krisen. Zusammen mit dem japanischen Publikum entwickeln die internationalen Gäste Ideen und Projekte zur gewaltfreien Bearbeitung von aktuellen Konflikten; zum Beispiel zu Nordirland, Ecuador, Israel und Palästina, Bosnien, Kosov@, et cetera.

Rüstungsindustrie im Visier

Im Zentrum stand dieses Jahr die Vorbereitung für die Haager Friedenskonferenz vom Mai (siehe nebenstehenden Artikel). Eines der Hauptziele der Peace Boat-OrganisatorInnen ist die Abschaffung der Atomwaffen und «mindestens» die Reduktion der konventionellen Waffen. In Den Haag soll ein NGO-Netzwerk gegründet werden, das die legalen und illegalen Profiteure der Rüstungsindustrie recherchiert und veröffentlicht. Es soll Informationen zu Kriegsindustrie und -technologie, Militärbudgets, Infrastruktur und Waffenhandel (vor allem in armen Ländern) verwerthen. Das Schaffen von Öffentlichkeit soll weitere Aufrüstung erschweren.

Bewusstsein für Kriegsverbrechen

Obwohl die Idee idealistisch anmutet, wollen die AktivistInnen der Gruppe Peace Boat öffentliches Bewusstsein dafür schaffen, dass Krieg nichts anderes als legalisierter Massenmord an ZivilistInnen ist. Militärisch und politisch Verantwortliche seien vor internationale Tribunale zu stellen. Peace Boat möchte auch Kriegsgeschehen zu Zeugnisaussagen ermutigen und Trainingsmethoden in (Berufs-) Armeen öffentlich anprangern. In den letzten Jahren hat Peace Boat Veranstaltungen mit Kriegsveteranen durchgeführt. Ihre Erfahrungen zeigen, dass Krieg ein Verbrechen und kein legales Mittel der Konfliktbearbeitung ist.

Globaler Aktionsplan

Die Haager Friedenskonferenz will einen globalen Aktionsplan für die

wäre ein erster Schritt Richtung Abrüstung und Umverteilung von Ressourcen.

Mythen im Unterricht

Die internationalen Gäste auf dem Peace Boat sowie die Vorbereitungsgruppe für die Haager Konferenz betonten die Notwendigkeit von Friedenserziehung. Ein negatives Beispiel von «Kriegserziehung» sind die Staaten des ehemaligen Jugoslawien: An ihren Schulen werden Kinder mit politischer Propaganda und Mythen manipuliert, die historische Fakten und Taten von politischen Füh-

ren verdecken. In Bosnien gibt es jetzt drei völlig verschiedene Versionen des Krieges in drei verschiedenen Lehrbüchern. Nichtdiskriminierende Schulbücher gehören deshalb zu den dringendsten Bedürfnissen in Konfliktgebieten.

Kriegsspielzeug abschaffen

Ein weiterer konkreter Vorschlag einer Vertreterin aus dem ehemaligen Jugoslawien will Kriegsspielzeug für Kinder abschaffen. Einige Länder verbieten bereits den Verkauf von Kriegsspielzeug vor Weihnachten. Wenn die Haager Konferenz die Anregung aufnimmt, soll eine weltweite Kampagne gegen die Produktion und den Verkauf insgesamt starten.

Weitere Informationen über die Fahrten des Friedensschiffs Jasna Bastic, c/o GSoA, Postfach, 8031 Zürich, jasna@medienhilfe.ch.

Gestärkt

«Es ist an der Zeit, Krieg abzuschaffen, Frieden ist ein Menschenrecht.» Unter diesem Motto findet vom 11.-15. Mai die Friedenskonferenz «Hague Appeal for Peace» in Den Haag statt • von Dietmar Göttling

Initiiert haben den *Hague Appeal* vier grosse NGOs: International Association of Lawyers Against Nuclear Arms (IALANA), International Peace Bureau (IPB), International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW) und World Federalist Movement – Institute for Global Policy (WFM). Das Ziel der Konferenz ist es, eine Agenda für Frieden und Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert zu formulieren. Auf internationaler Ebene koordinieren Büros in New York, Den Haag und Genf die Vorbereitungen. Mittlerweile unterstützen mehr als 600 Organisationen den *Hague Appeal*. Im Organisationskomitee arbeiten neben den Initiatoren andere grosse NGOs wie Amnesty International, Helsinki Citizens Assembly und das World Watch Institute.

An der Konferenz sollen sich mehr als 5000 TeilnehmerInnen aus den unterschiedlichsten Bereichen der Friedensarbeit beteiligen, um Ideen auszutauschen, globale Verbindungen herzustellen und ihre Kenntnisse zu erweitern. Gestärkt sollen sie dann versuchen, in ihren Heimatländern die Ziele des *Hague Appeal* umzusetzen.

Thematisch ist die Konferenz in vier grosse Bereiche aufgliedert:

- internationale Humanität, Menschenrechte, Institutionen
 - Vermeidung, Auflösung und Überwindung gewalttätiger Konflikte
 - Abrüstung, einschliesslich nuklearer Abrüstung
 - Gründe, die Krieg verursachen und eine Kultur des Friedens.
- Zu allen Themenbereichen liegen Entwürfe für Positionspapiere vor, die ständig durch Anregungen weiterentwickelt werden. Beispielsweise befassen sich Vorschläge im Bereich Menschenrechte mit der Lancierung einer globalen Kampagne zur Ratifizierung der Statuten des Internationalen Gerichtshofs, der Schaffung eines globalen Rechtssystems oder dem verstärkten Schutz von Opfern bewaffneter Konflikte.

Als ReferentInnen sind bekannte Persönlichkeiten wie Jody Williams, José Ramon Horta und Prof. Joseph Rotblatt eingeladen.

Weitere Infos und Anmeldung: *Hague Appeal for Peace*, Van Namen and Westerlaken Congress Organization Service, P.O. Box 1558, NL-6501 Nijmegen. E-mail: hap99@congres.ne